

# EIN JAHR KRIEG IN DER UKRAINE: WAS JETZT WICHTIG IST

Mit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 ist der seit 2014 schwelende Konflikt zwischen der Ukraine und Russland eskaliert. Die anhaltenden Kriegshandlungen, insbesondere die massiven Angriffe auf die zivile Infrastruktur, verursachen schweres menschliches Leid. Die humanitären Bedarfe sind auch ein Jahr nach Kriegsbeginn weiterhin sehr hoch: Laut Angaben der Vereinten Nationen (UN) sind mindestens 17,6 Millionen Menschen, darunter 4,1 Millionen Kinder, auf humanitäre Hilfe angewiesen. Mehr als acht Millionen Menschen sind derzeit aus der Ukraine geflüchtet, etwa 4,5 Millionen Menschen intern vertrieben.

Rund 40 VENRO-Mitgliedsorganisationen unterstützen die vom Krieg betroffenen Menschen, sowohl in der Ukraine als auch Geflüchtete in den Nachbarstaaten. Sie leisten akute Nothilfe sowie Wiederaufbaumaßnahmen und stärken langfristige Strukturen. Viele arbeiten eng mit ukrainischen Partnerorganisationen zusammen.

Angesichts der verheerenden Folgen des andauernden Krieges fordert VENRO, die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und die Angriffe auf die zivile Infrastruktur sofort zu beenden. Der humanitäre Zugang zu allen Betroffenen und der Schutz humanitärer Helfer\_innen müssen von allen Konfliktparteien uneingeschränkt sichergestellt werden. Politische Kontakte für gemeinsame Regelungen sollten intensiviert werden. Auf Dauer wird der Konflikt nur über

eine politische Vereinbarung und Sicherheitsgarantien beigelegt werden können.

## Härtetest für das humanitäre Völkerrecht und die humanitären Prinzipien

Zahlreiche Berichte internationaler Organisationen belegen, dass das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte im Kriegsgebiet vielfach verletzt werden. Zivilist\_innen werden nicht ausreichend geschützt und zivile Infrastruktur gezielt angegriffen. Dokumentiert sind auch direkte oder indirekte Angriffe auf humanitäre Helfer\_innen<sup>1</sup>.

Nach Schätzungen des UN-Amtes für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) lebten im Oktober 2022 mehr als ein Viertel der Menschen, die humanitäre Unterstützung benötigen, in Gebieten der Ukraine, zu denen der humanitäre Zugang extrem eingeschränkt ist. Die Einhaltung der humanitären Prinzipien, der Zugang insbesondere zu den umkämpften Gebieten entlang der Front und in den von Russland kontrollierten Gebieten sowie Sicherheitsgarantien für lokale, nationale und internationale humanitäre Helfer\_innen sind notwendig, um der Zivilbevölkerung zu helfen.

Gerade in komplexen Kontexten gewaltsamer Konflikte wie der Ukraine ist die Aufrechterhaltung humanitärer Prinzipien wie Neutralität und Unparteilichkeit besonders herausfordernd. Auch im Ukra-

<sup>1</sup> Die [Aid Worker Security Database](#) führt für die Ukraine insgesamt 16 Vorfälle mit insgesamt 62 Opfern seit

Kriegsbeginn (abgerufen am 22.02.2023).

ine-Krieg ist zu beobachten, dass Akteur\_innen humanitäre, finanzielle und militärische Hilfe miteinander verknüpfen. Humanitäre Hilfe darf jedoch nicht für politische oder strategische Interessen instrumentalisiert werden. Denn eine solche Politisierung stellt auch in der Ukraine eine besondere Gefahr für die Sicherheit von humanitären Teams dar und begrenzt ihre Handlungsmöglichkeiten.

Die ukrainische Zivilgesellschaft ist sehr gut organisiert. Ukrainische Organisationen und lokale Freiwilligeninitiativen sind federführend bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe, insbesondere für die Menschen nahe der Frontlinie – oft unter großem persönlichem Risiko. Die Mitarbeitenden und Freiwilligen arbeiten unter schwierigsten Bedingungen und überschreiten dabei oft ihre Belastungsgrenzen. Es gab große Erwartungen, dass in der humanitären Reaktion auf die Krise vor allem lokale Akteur\_innen gefördert und sie in ihrer Führungsrolle anerkannt und gestärkt werden. Dies hat sich jedoch nicht bewahrheitet. Lokale Organisationen sind größtenteils von Koordinierungs- und Entscheidungsstrukturen, wie dem UN-Clustersystem, ausgeschlossen. Ihnen fehlt der Zugang zu Mitteln, insbesondere langfristige und flexible Finanzierung. Umfassende bürokratische sowie Compliance-Anforderungen von Geber\_innen und internationalen Organisationen, Sprachbarrieren, sowie ein hoher Druck, Mittel schnell zu verausgaben, führen ebenfalls dazu, dass die Kapazitäten lokaler Organisationen und Initiativen nicht ausgeschöpft werden.

Weitere Beschränkungen erschweren eine schnelle Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Betroffenen. Dazu zählen logistische Hindernisse, wie der Mangel an Treibstoff, zerstörte Straßen und Brücken, aber auch Sicherheitsrisiken aufgrund aktiver Kampfhandlungen. Besonders besorgniserregend ist laut OCHA die Situation in Gebieten unter russischer Kontrolle, wo die Bewegungsfreiheit und der Transport von Hilfsgütern stark eingeschränkt sind. Unklarheiten gibt es zudem bezüglich des Registrierungsverfahrens für (neu gegründete) nationale und

internationale Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine. Hilfsorganisationen berichten außerdem über Verzögerungen bei der Visaausstellung für internationale Mitarbeitende – sowohl seitens der Ukraine, als auch bei der Ausstellung von Schengen-Visa durch europäische Staaten wie Deutschland, die in vielen Fällen für die Einreise in die Ukraine über den Landweg notwendig sind.

Die humanitäre Unterstützung für die vom Krieg betroffenen Menschen muss in allen Bereichen auf die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedarfe, insbesondere von Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen oder schweren Erkrankungen sowie älteren Menschen und Minderheiten, ausgerichtet sein. Sie haben einen schlechteren Zugang zu Nahrung, Wasser, Medikamenten und medizinischer Versorgung. Die große Mehrheit der Menschen, die innerhalb der Ukraine vertrieben wurden oder in andere Länder geflüchtet sind, sind Frauen und Kinder. Sie sind besonderen Sicherheits- und Schutzrisiken ausgesetzt, darunter Menschenhandel sowie sexualisierte Gewalt und Ausbeutung.

## **VENRO fordert von der Bundesregierung,**

- dass sie sich nachdrücklich und in allen Foren dafür einsetzt, dass das humanitäre Völkerrecht und die humanitären Prinzipien durch alle Konfliktparteien eingehalten werden und der Zugang insbesondere zu Menschen in umkämpften Gebieten auf beiden Seiten der Front geschaffen wird.
- dass sie humanitäre Hilfe weiterhin nach den Grundsätzen der „Good Humanitarian Donorship“ bereitstellt und an den jeweiligen Bedarfen orientiert. Dabei muss sich humanitäre Hilfe klar und eindeutig von militärischen und sicherheitspolitischen Zielsetzungen abgrenzen lassen – sowohl in der Ukraine als auch in anderen Teilen der Welt.

- dass sie flexible und langfristige humanitäre Hilfe zur Verfügung stellt, und sich dafür einsetzt, dass ukrainische Organisationen Zugang zu Finanzierung erhalten.
- dass sie eine gendertransformative humanitäre Hilfe gewährleistet und frauengeführte Organisationen gezielt und langfristig fördert.
- dass sie über das Auswärtige Amt alle Botschaften und Konsulate anweist, Visaanträge von humanitärem Personal, das über den Schengen-Raum in die Ukraine weiterreist, zu erleichtern und zu beschleunigen. Zudem sollte die Bundesregierung bei Gesprächen mit der ukrainischen Regierung darauf hinwirken, dass Arbeitsvisa auch für humanitäre Mitarbeitende aus Ländern des globalen Südens schnell und unkompliziert erteilt werden.

## **Strafrechtliche Verfolgung stärkt langfristig das Völkerrecht**

Die festgestellten massiven Verletzungen des humanitären Völkerrechts und die mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verlangen nach einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung. Diese erhöht den politischen Druck auf die Verantwortlichen und stärkt langfristig das humanitäre Völkerrecht in der Ukraine und in anderen Konfliktgebieten.

Der Generalstaatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs eröffnete am 2. März 2022 ein Verfahren wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf dem Staatsgebiet der Ukraine. Eine multinationale Polizeimission der Europäischen Union soll vor Ort helfen, die Ermittlungen durch ukrainische Behörden und die Zusammenarbeit mit internationalen Akteur\_innen zu unterstützen.

## **VENRO fordert von der Bundesregierung,**

- dass sie ihre politische und finanzielle Unterstützung für eine internationale Strafverfolgung der Verantwortlichen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen erhöht. Jegliche Angriffe auf Zivilist\_innen, humanitäre Helfer\_innen und die zivile Infrastruktur müssen Gegenstand unparteiischer und unabhängiger Ermittlungen und Verfahren werden. Dies sollte über legitimierte Institutionen wie den internationalen Strafgerichtshof erfolgen.
- dass sie die Bemühungen vor Ort, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und aufzuarbeiten, mit Informationen, Personal und Mitteln unterstützt. Hierzu sollte die personelle Ausstattung der „European Union Advisory Mission (EUAM) Ukraine“ erhöht werden, damit sie ihr erweitertes Mandat erfüllen kann.

## **Wiederaufbau als gesellschaftliche Perspektive**

Obwohl der Krieg in der Ukraine sich weiter zuspitzt, hat die ukrainische Regierung bereits im Sommer 2022 einen umfassenden Wiederaufbauplan vorgelegt. Es gibt zahlreiche lokale, zivilgesellschaftliche Initiativen, um den Wiederaufbau voranzubringen. Die notwendige Koordinierung zwischen humanitärer Hilfe und Wiederaufbaumaßnahmen sollte unter Führung der ukrainischen Regierung unter starker Beteiligung zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Organisationen erfolgen.

Die neu geschaffene multilaterale Plattform zur Gerberkoordinierung für die Ukraine bietet eine gute Möglichkeit, bessere Abstimmung und Kohärenz sowie Transparenz und Rechenschaftslegung zur Verwendung der internationalen Mittel für den Wiederaufbau zu erreichen. Die Bundesregierung sagte ihre Unterstützung für den Wiederaufbau in der Uk-

raine gemäß der auf der Ukraine Recovery Conference 2022 in Lugano vereinbarten Prinzipien zu. Im Rahmen ihres G7-Vorsitzes richtete Deutschland zudem am 25. Oktober 2022 eine Expert\_innenkonferenz zur Beratung über den Wiederaufbau in der Ukraine aus. Unter der Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird eine nationale Plattform für den Wiederaufbau der Ukraine ins Leben gerufen, um deutsche entwicklungspolitische und humanitäre Aktivitäten der einzelnen Akteursgruppen zu koordinieren.

Der Wiederaufbau sollte über die Instandsetzung von Infrastruktur hinausgehen und sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung und der Agenda 2030 und den Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft orientieren. Dabei sind Missstände und Ungleichheiten zu adressieren, die bereits vor Kriegsbeginn innerhalb der Ukraine, und im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, sehr hoch waren.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt müssen psycho-soziale Ansätze zur Aufarbeitung der erlebten Traumata, die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Versöhnung unterstützt werden. Gesellschaftliche Konfliktlinien, wie die Unterstützung von Kriegsüberlebenden, die Rückkehr von Vertriebenen und Geflüchteten, die Wiedereingliederung von Kämpfer\_innen oder der Umgang mit Minderheiten, sind zu jedem Zeitpunkt zu berücksichtigen.

Geschlechtergerechtigkeit muss von allen Akteur\_innen in allen Phasen des Wiederaufbauprozesses priorisiert werden. Dies bedeutet, dass Frauen und Mädchen sowie marginalisierte Gruppen auf allen Ebenen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden müssen und ein Schwerpunkt auf Strategien und Maßnahmen gelegt wird, die Frauen und Mädchen eine gleiche Teilhabe ermöglichen. Zentral dafür ist die maßgebliche Beteiligung von Frauenrechts- und frauengeführten Organisationen.

## VENRO fordert von der Bundesregierung,

- dass sie Initiativen der ukrainischen Zivilgesellschaft für den Wiederaufbau unterstützt. Die ukrainische Diaspora in Deutschland sollte in die nationale Plattform einbezogen werden. Des Weiteren sollte die Expertise ukrainischer Geflüchteter in Wiederaufbauprozesse einfließen.
- dass sie sich im Sinne der feministischen Außen- sowie Entwicklungspolitik dafür stark macht, dass Geschlechtergerechtigkeit zu einem zentralen Pfeiler des Wiederaufbaus wird, und gezielt Frauenrechts- und frauengeführte Organisationen in der Ukraine unterstützt.
- dass sie durch längere Projektlaufzeiten und flexible Mittel Voraussetzungen dafür schafft, dass deutsche Nichtregierungsorganisationen langfristige Partnerschaften mit ukrainischen Organisationen auf- und ausbauen sowie in institutionelle Stärkung und Kapazitätsaustausch investieren können. Dies gilt sowohl für die humanitäre Hilfe als auch für die Entwicklungszusammenarbeit.

## Gleichzeitig verschärfen sich Krisen andernorts

Der Krieg in der Ukraine hat strukturelle Ungleichheiten und Abhängigkeiten auf der Welt drastisch aufgezeigt. Er verschlechtert zusammen mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Coronapandemie und den immer offensichtlicheren Folgen der Klimakrise die Lebensbedingungen von Millionen Menschen weltweit. Die Preise für Grundnahrungsmittel, Energie und Düngemittel sind seit Februar 2022 dramatisch gestiegen und globale Lieferketten eingebrochen. Und der Krieg hat den globalen Hunger massiv befeuert: Das Welternährungsprogramm (WFP) schätzt, dass 345 Millionen Men-

schen in 79 Ländern von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sind – im Jahr 2021 waren es noch 287 Millionen.

Weltweit werden in diesem Jahr nach Schätzungen der Vereinten Nationen 339 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein – ein weiteres fatales Rekordjahr. Gleichzeitig wird die Finanzierungslücke zwischen humanitärem Bedarf und internationalen humanitären Mitteln immer größer. Es besteht die Sorge, dass die politische Aufmerksamkeit für die Ukraine dazu führt, dass anderen Krisen weniger Priorität eingeräumt wird – und damit auch weniger finanzielle und politische Unterstützung. Der humanitäre Bedarfsplan von OCHA für die Ukraine (Ukraine Flash Appeal) für das vergangene Jahr wurde zu fast 80 Prozent gedeckt. Die Bedarfe in anderen Ländern wie Syrien, Äthiopien oder dem Kongo, waren gerade mal zur Hälfte gedeckt, in Ländern wie Sudan, Mali, Myanmar oder Venezuela war die Deckung noch geringer. Mehrere Berichte analysieren aktuelle Trends und Entwicklungen und benennen Länder mit dem höchsten Risiko für neue oder sich drastisch verschlechternde humanitäre Notlagen.<sup>2</sup> Dazu zählen etwa Afghanistan, Haiti, der Libanon, Malawi, die Zentralafrikanische Republik sowie die Länder am Horn von Afrika und in der Sahelregion.

## VENRO fordert von der Bundesregierung,

- dass sie sich, angesichts der vielfältigen Herausforderungen aus Krisen, Kriegen, Klimawandel und Sekundärfolgen der Corona-Pandemie, international dafür einsetzt, dass alle humanitären Krisen gleichermaßen finanziert und in allen Kriegssituationen gleichermaßen politische Prozesse zu ihrer friedlichen Beilegung unterstützt werden.

<sup>2</sup> CARE (2022): [↘ Breaking the Silence. Zehn humanitäre Krisen, die 2022 keine Schlagzeilen machten](#); International Rescue Committee (2022): [↘ 2023 Emergency](#)

- dass sie weitere Mittel für die Ukraine-Krise auch zukünftig nicht zu Lasten anderer Krisen bereitstellt. Um dies einschätzen zu können, sollte neben dem vierjährlichen Bericht zur humanitären Hilfe der Bundesregierung ein jährlicher Bericht zur Mittelverwendung nach regionalen und sektoralen Gesichtspunkten und der Planung für das Folgejahr gegenüber Bundestag und Öffentlichkeit eingeführt werden. Politische Schwerpunktsetzungen sollten nur dann erfolgen, wenn durch eine intensive Koordinierung mit anderen Geber\_innen ein Ausgleich geschaffen werden kann.
- dass sie angesichts der weltweiten Ernährungskrise die Abstimmungen zwischen den beteiligten Ministerien (Auswärtiges Amt, BMZ, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) verbessert und die im Rahmen der G7-Präsidentschaft beschlossenen Maßnahmen schnell umsetzt – beispielsweise über den G7 Famine Prevention and Humanitarian Crises Compact.

[Watchlist](#); International Crisis Group (2023): [↘ Watch List 2023](#); The New Humanitarian (2023): [↘ Why these 10 humanitarian crises demand your attention now](#).

## IMPRESSUM

### **Herausgeber**

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.  
Stresemannstraße 72  
10963 Berlin

Tel: 030/2 63 92 99-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

### **Redaktion**

Maya Krille, Bodo von Borries

### **Mitarbeit**

Arbeitsgruppe Humanitäre Hilfe

### **Endredaktion**

Janna Völker

Berlin, Februar 2023